



Rechtsausschuss

47. Sitzung (nichtöffentlich)

13. Oktober 2004

JVA Büren - 33142 Büren

13:30 Uhr bis 16:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Arbeit der JVA Büren unter besonderer Berücksichtigung des Abschiebevollzugs und des Einsatzes privater Unternehmen

1

Staatssekretär Schubmann-Wagner (Justizministerium) erstattet einen Bericht. Der Ausschuss diskutiert mit dem Anstaltsleiter sowie Vertretern des Justizministeriums über verschiedene Fragestellungen.

2 Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Landtags

6

Der Rechtsausschuss beschließt einstimmig, die Immunität des Abgeordneten Willi Nowack gemäß Antrag der Leitenden Oberstaatsanwältin beim Landgericht in Essen - Geschäftszeichen 302 Js 733/01 - aufzuheben.

3 Gesetz zur Änderung des Richtergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4797

Der Rechtsausschuss beschließt, ein Expertengespräch durchzuführen. Die näheren Details sollen in einem Obleutegespräch festgelegt werden.

4 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW 8

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4400

Ausschussprotokoll 13/1264

Der Rechtsausschuss kommt überein, kein Votum zu dem Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4400 abzugeben.

5 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz-LBG) 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

In Verbindung damit:

Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5952

- Kurze Aussprache über das weitere Verfahren.

- 6 Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechts (LDiszNOG)** 10
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/5220 und 13/5345
Zuschrift 13/4012
- Der Rechtsausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/5220 und 13/5345 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.
- 7 Diskriminierung beenden - Pflichten und Rechte für Lebenspartner in Einklang bringen** 11
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5455
- In Verbindung damit:
- Schwule und lesbische Paare rechtlich gleichstellen - Landesrecht nach Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften anpassen**
- Entschließungsantrag
der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5577
- Die Beratung wird vertagt.
- 8 Bericht der Vollzugskommission über ihre Tätigkeit im Jahre 2003** 12
- Vorlage 13/2960
- Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Eine Aussprache über den Bericht soll in der nächsten Sitzung erfolgen.
- 9 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über den Antrag festzustellen, dass das schleswig-holsteinische Gesetz über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2003 ... nichtig ist** 13
- 2 BvK 1/04
Vorlage 13/2984
- Der Rechtsausschuss beschließt, zu dem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

- 10 Vorwürfe aus dem Justizministerium, die Justiz habe zu ihrer gegenwärtigen Belastungssituation selbst beigetragen** 13
- An den Bericht von StS Schubmann-Wagner (JM) schließt sich eine Aussprache an.
- 11 Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Dortmund gegen Dortmunder IHK-Verantwortliche wegen Veruntreuung von Zwangsbeiträgen** 16
- StS Schubmann-Wagner (JM) trägt einen Bericht vor.
- 12 Überstellung ausländischer Strafgefangener** 17
- StS Schumann-Wagner (JM) übergibt dem Ausschuss den Bericht.
- 13 Verschiedenes** 17
- Siehe Diskussionsteil.

Was ich Ihnen aber mitteilen kann, ist Folgendes: Gegen das Parteiengesetz, das in § 31 d eine Strafvorschrift enthält, konnten die Beschuldigten nicht verstoßen. Denn der Straftatbestand ist erst seit dem 1. Juli 2002 in Kraft. Eine Rückwirkung von Strafgesetzen ist aus verfassungsrechtlichen Gründen ausgeschlossen.

Auch der Vorwurf der Untreue hat sich, soweit zum Zeitpunkt der Anzeigeerstattung nicht ohnehin bereits Verjährung eingetreten gewesen wäre, auf der Grundlage der Ermittlungen nicht bestätigt. Die Staatsanwaltschaft hat den Anzeigeerstattem einen Einstellungsbescheid erteilt. Hiergegen haben sie sich, so ist mir berichtet worden, bisher nicht beschwert.

12 Überstellung ausländischer Strafgefangener

Vorsitzender Dr. Robert Orth merkt an, in der Juli-Sitzung hätten die Ergebnisse der 75. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister auf der Tagesordnung gestanden. Die JuMiKu habe sich auch mit der Überstellung ausländischer Strafgefangener beschäftigt und zum Thema Überstellung ausländischer Strafgefangener einen Beschluss gefasst.

Im Hinblick auf die Reise einer Delegation des Rechtsausschusses nach Rumänien ersehe es angezeigt, dass sich der Rechtsausschuss eingehender mit der Thematik und Überstellung ausländischer Strafgefangener beschäftige.

StS Schubmann-Wagner (JM) übergibt dem Ausschuss den Bericht.

13 Verschiedenes

Vorsitzender Dr. Robert Orth gibt die geplanten Sitzungstermine für das Jahr 2005 bekannt.

Des Weiteren verweise er auf ein Schreiben des Kollegen Klein, des Vorsitzendes des Haushalts- und Finanzausschusses, der darauf hinweise, dass zum 8. Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen eine öffentliche Anhörung durchgeführt werde, und zwar am 18. November 2004. Er schlage vor, nachrichtlich an der Anhörung teilzunehmen. Am 24. November 2004 werde im Haushalts- und Finanzausschuss zu dem besagten Gesetzentwurf die abschließende Beratung stattfinden.

Der **Rechtsausschuss** kommt überein, zu dem Gesetzentwurf kein Votum abzugeben. Der Ausschuss ist über den Termin der öffentlichen Anhörung informiert und kann daran teilnehmen.